

Schweiz - Dritte Welt : mögliche Folgen der Überschuldung

Autor(en): **Haymoz, Urs**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **3 (1983)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651608>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz – Dritte Welt *

Mögliche Folgen der Überschuldung

1. Der Fall Schweiz

Bei der Verschuldungsfrage wird die Schweiz zum „Fall“, denn aus Entwicklungsländern fließen Milliarden an Fluchtgeldern, Schuldentrückzahlungen, Zinsen, Kommissionen etc. in die Schweiz. Gleichzeitig sind Schweizer Banken im internationalen Kreditgeschäft mit Entwicklungsländern wichtige Adressen.

a) Fluchtgelder aus Entwicklungsländern

Über 60 Milliarden Franken lagen Ende 1981 aus Entwicklungsländern bei Schweizer Banken, als Bankeinlagen und auf Treuhandkonten. 1981 flossen rund 10 Milliarden Franken aus Entwicklungsländern in die Kanäle unserer Banken. Leider sind detaillierte Statistiken über einzelne Länder nicht oder nur in summarischer Form verfügbar. Immerhin zeigen die Statistiken der Schweizerischen Nationalbank, dass etwa die Hälfte aller Gelder aus Entwicklungsländern über die Finanzzentren Bahamas, Bermudas, Panama usw. in die Schweiz fließen. Panama ist ein regionales Sammelbecken für abfließende Kapitalien; Schweizer Banken nehmen an dieser Sammeltätigkeit rege teil. Der Schweizerische Bankverein gehört z.B. in Panama zu den grössten Banken des Finanzzentrums. Auch die Bankgesellschaft und andere Schweizer Banken sind vertreten. Der Bankverein ist auch stark beteiligt an den Krediten an lateinamerikanische Länder und sass z.B. im Fall von Nicaraguas Umschuldung am Verhandlungstisch. Mehr als jeder zweite Franken aus Entwicklungsländern, im Zusammenhang mit Schweizer Banken, fließt in die Kanäle der fünf Grossbanken.

Aufgrund der Statistiken können wir in etwa errechnen, in welchem Umfang Geld aus Entwicklungsländern in die Schweiz fließt, indem man als Hilfsgrösse den Nettokapitalabfluss aus Entwicklungsländern zu Schweizer Banken nimmt. Das ergibt folgende Zahlen:

Tabelle 1: Nettokapitalabfluss aus Entwicklungsländern in die Schweiz
Zunahme von Guthaben der Entwicklungsländer bei Schweizer Banken abzüglich Zunahme der Guthaben von Schweizer Banken bei Entwicklungsländern = Nettokapitalabfluss in die Schweiz. (in Milliarden Franken).

	1978	1979	1980	1981*	1978-81
Entwicklungsländer exkl. Finanzzentren	1,1	1,5	5,6	1,6	9,8
Entwicklungsländer inkl. Finanzzentren	1,4	2,4	1,8	9,7	15,3

* Panama konnte erst ab 1981 erfasst werden, da die SNB eine veränderte Ländergliederung einführte. Für Panama ist für 1980 ein Schätzwert eingesetzt worden.

Quelle: Schweiz. Nationalbank

Die Zusammenstellung zeigt, dass in den letzten vier Jahren über 15 Milliarden Franken aus Entwicklungsländern bei Schweizer Banken liegen geblieben sind. Auch unter Ausklammerung der Finanzzentren sind es immer noch rund 10 Milliarden Franken. Der Nettokapitalabfluss ist wirklich nur eine *Hilfsgrösse*, weil man abfliessende Gelder gegen zufließende Gelder nur buchhalterisch vergleicht. Dieser Rechenvergleich verschweigt, welchen Verwendungszwecken das Geld entzogen und welchen Verwendungszwecken es zugeführt wurde. Darin steckt z.B. die Frage nach der unterschiedlichen Verzinsung der Gelder, der Margen, aber auch die Frage des Wechsels der Verfügungsgewalt über Geld von Privaten zu Bankiers und der damit verbundenen Einflussnahme auf die Verwendung.

Die Beträge in Tabelle 1 können als *Fluchtgelder* bezeichnet werden; es sind zudem Minimalschätzungen. Denn nicht inbegriffen sind Wertpapier- und Immobilienkäufe in der Schweiz und Gelder, die über nicht dem Bankengesetz unterworfenen Finanzgesellschaften, Briefkastenfirmen, Treuhand- und Anwaltsbüros in die Schweiz fließen.

Ebenfalls nicht eingerechnet sind Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern in die Schweiz wie Gewinne aus Direktinvestitionen (Produktionsstätten schweizerischer Firmen in Entwicklungsländern, inkl. Tochtergesellschaften) und Lizenzen, Zinsen aus Exportkrediten, Erträge aus Anleihsenemissionen und auf Bankguthaben, Erträge aus Wertschriftenkommissionen u.a. Diese Posten dürften 3 - 5 Milliarden Franken pro Jahr ausmachen.

b) Kredite an Entwicklungsländer

In den letzten 4 Jahren sind den Entwicklungsländern direkt und indirekt aus der Schweiz (Kapitalmarkt) 21,32 Milliarden Franken ausgeliehen worden. Die folgende Tabelle zeigt dies im Überblick:

Tabelle 2: Kapital „export“ in Entwicklungsländer 1978 - 81

	in Milliarden Franken				
	1978	1979	1980	1981	1978-81
Entwicklungsländer	3,26	2,89	3,43	4,51	14,09
Entwicklungsorganisationen*	2,36	1,19	1,69	1,99	7,23
Total	5,62	4,08	5,12	6,50	21,32

* über Weltbank, Interamerikanische und Asiatische Entwicklungsbank
Quelle: Schweizerische Nationalbank

Nicht inbegriffen sind hier die Bankkredite, welche 1978/79 je bei rund 1,6 Milliarden Franken lagen, seither aber massiv abgenommen haben. Ebenfalls nicht inbegriffen sind die Entwicklungshilfekredite des Bundes, die Direktinvestitionen der Schweizerischen Wirtschaft, und vor allem fehlen die *Eurokredite* der Schweizer Banken über ihre *Tochtergesellschaften*, in den Finanzzentren der Industrieländer wie London, Frankfurt, New-York, Luxemburg, Panama aber auch die eher risikoreicheren Kredite über die karibischen Finanzzentren.

Auch diese Tabelle muss hinterfragt werden. Zwar nennen die Ökonomen Kreditaufnahmen von Ausländern auf dem schweizerischen Kapitalmarkt „Kapitalexporte“. Damit wecken sie die Vorstellung, dass pro Jahr soundso viele Milliarden Franken „exportiert“ werden. Diese Vorstellung lehnt sich an die Ausfuhren (Exporte) von z.B. Maschinen an. Aus der Schweiz exportierte Maschinen kehren normalerweise nicht mehr zurück. Der Käufer muss sie auch nicht mehr zurückgeben. Kredite kehren aber immer wieder zurück, weil sie der Kreditnehmer zurückbezahlen muss. Hier handelt es sich also höchstens um einen Kapitalexport auf Zeit, denn nach Ablauf der Laufzeiten der Kredite werden sie zur Rückzahlung fällig. Zudem fließen während der Dauer der Kreditgewährung Zinsen zurück, was im Fall von Maschinenexport höchstens bei Lizenzen der Fall ist. Die Sprache der Ökonomen ist verführerisch und nicht immer präzise genug, einen Vorgang richtig zu benennen. Mit dem Begriff „Kapitalexport“ verdeckt man die Tatsache, dass Kredite abhängig machen, und in der Verschuldungsfrage steckt zuallererst diese an sich banale Tatsache.

2. Entwicklungspolitische Beurteilung

a) Aus der Sicht der Dritten Welt

Wichtige Länder der Dritten Welt sind hoffnungslos überschuldet.

Dieses Urteil leitet sich aus dem schlechten Verhältnis zwischen Schuldendienst (1) und Exporteinnahmen ab. Für mehrere Länder hat dieses Verhältnis die Grenze von 20 % überschritten. Das engt den entwicklungspolitischen Spielraum massiv ein. Länder mit Werten von 60 % (Brasilien, Mexiko) oder 40 % (Venezuela, Peru, Marokko, Elfenbeinküste) schufteten auf den Exportsektoren ihrer Wirtschaft mit Riesenanstrengungen und setzen entsprechenden Druck auf die Bevölkerung auf. Denn jeder zweite im Export verdiente Dollar gehört den Banken für Zinsen und Rückzahlungen. Das führt zu enormen Engpässen bei den Einfuhren dringend benötigter Produkte (Medizinische Güter u.a.) und engt den Spielraum für Sozial- und Bildungsprogramme ein. Es wird zu Produktionsstockungen im Exportsektor kommen, zu noch grösserem Raubbau an Boden, Wäldern und Rohstoffreserven.

Diese Länder sind gezwungen, auch Grundbedarfsgüter der eigenen Bevölkerung exportieren zu müssen (Nahrungsmittel). Auf die Dauer sind derartige Einschnidungen nur durch diktatorische Regimes und mit massiver politischer Unterdrückung durchzusetzen.

Die Strategie der Entwicklung durch private Bankkredite aus den Industrieländern ist gescheitert und führt sich selbst ad absurdum. Die Armen der Dritten Welt können sich nicht entwickeln, im Gegenteil: der Prozess materieller Bevölkerungsteile geht weiter. Private Aussenfinanzierung verhindert die effektive Entwicklung. Die Wachstumsstrategen stehen vor der Tatsache, dass die Entwicklungsländer an die Grenze des Welthandelssystems stossen: sie sind nicht mehr in der Lage, ihre Schulden abzutragen und auch nicht mehr in der Lage, die von den Industrieländern geforderten Gütermengen zu importieren. Sie erhalten nur kurzfristige und teure neue Kredite, da die Banken um die Rückzahlung der alten Kredite fürchten.

Mit der Förderung der Exportstrategie und der Forderung nach höheren Importen versuchten die Banken, Industrie und Internationale Organisationen (IMF, Weltbank etc.), die Entwicklungsländer in das Weltwirtschaftssystem zu integrieren. *Diese Strategie ist gescheitert, weil sie in die Sackgasse einer möglichen weltweiten Wirtschaftsdepression führt:* die Überschuldungskrise der Entwicklungsländer führt zu einer Drosselung von Bankkrediten an Entwicklungsländer und Importen, damit auch zum weiteren Absinken der Wirtschaftstätigkeit in den Industrieländern. Weniger Wirtschaftswachstum, gemessen in klassischen Indikatoren wie dem Bruttosozialprodukt, in den Entwicklungsländern führt zum gleichen Resultat in den Industrieländern und umgekehrt. Diese Entwicklung ist für das Finanzsystem (Euromärkte) gefährlich, weil irgendwo ein Zusammenbruch möglich wird, der die bisherige Kapitalakkumulation ins Stocken bringt.

Die überschuldeten Länder haben die Möglichkeit, ihre drückenden Schuldenlasten umzuschulden, d.h. die Rückzahlungs- und Zinsfristen zu erstrecken. Möglich wäre auch eine einseitige Erklärung, die Schulden nicht mehr zurückzahlen zu wollen (Moratorium).

Die erste Möglichkeit geht von der Annahme aus, dass sich die aktuelle Überschuldungskrise durch vermehrtes Wirtschaftswachstum und höhere Einnahmen lösen werde, vor allem in den Exportsektoren. Diese Aussichten sind aber nur zu sehr geringen Teilen realistisch, weil sich die Rohstoffpreise und die Preise von Agrarprodukten auf den Weltmärkten nicht genügend erhöhen, um die „Lebenskosten“ der überschuldeten Entwicklungsländer zu decken. Zudem existiert die Möglichkeit von politischen Revolten der unterdrückten und wirtschaftlich ausgelaugten Bevölkerungen, welche die Einschnidung und Gefährdung des Wenigen, das sie haben, nicht so einfach hinnehmen werden. Der innenpolitische Spielraum wird auch für Länder wie Nicaragua immer enger.

Die zweite Möglichkeit eines Moratoriums kann in den Augen von Drittweltländern an Attraktivität zunehmen, da sie eine Befreiung von den Fesseln des Weltmarktes und der Banken bringen kann. Je länger die gegenwärtige

Krise dauert, desto stärker werden die Kräfte, die ein Moratorium fordern werden. Länder mit autoritären und diktatorischen Regimes können auch aus nationalistischen Gründen versucht sein, in Richtung Moratorium (auch Teilmoratorium) zu optieren. Ein ausgesprochenes Moratorium eines oder mehrerer grösserer Schuldner führt mit grosser Wahrscheinlichkeit zu einem Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems. Auch das dauernde Wieder-Umschulden kann zum Hineinschlittern in eine solche Krise führen. Beide Möglichkeiten führen aber zwangsläufig zu mehr wirtschaftlicher Eigenständigkeit – der wirtschaftlichen Not gehorchend – und beide tragen den Keim von mehr self-reliance (2) in sich.

Die Entwicklungsländer sehen sich mächtigen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfond (IWF) und Weltbank, aber auch der 11er-Gruppe (3), einem Gremium der mächtigsten Finanzstaaten und den Gläubigerbanken relativ machtlos gegenüber.

Die Strategie der Banken ist die, die ausstehenden Kredite durch erzwungene Garantien des wirtschaftlichen Wohlverhaltens abzusichern. Dazu schicken sie den IWF, die Weltbank und die 11er-Gruppe vor und machen ihre Bereitschaft zu Umschuldungsverhandlungen von Abkommen zwischen den überschuldeten Ländern und abgegebenen Garantien gegenüber diesen internationalen Machtgruppen abhängig. Sie versuchen, die Kosten der Umschuldungen diesen Institutionen und die diese tragenden Regierungen – letztlich dem Steuerzahler in den Industrieländern – aufzuhalsen.

Die Politik der finanziellen Machtgruppen läuft den Tendenzen zu Self-Reliance entgegen. Auf dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in den Industrieländern ist nicht mit einer Lockerung des wirtschaftspolitischen Schwitzkastengriffes dieser Machtgruppen zu rechnen. Die Banken werden auch versuchen, möglichst hohe Verlustanteile aus dem Kreditgeschäft mit Entwicklungsländern dem Steuerzahler und Sparer anzuhängen.

Die Überschuldungsfrage braut sich zu einer Überlebensfrage des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems und der ihm zugrundeliegenden Theorien (freier Welthandel) zusammen.

Der Ausweg wird noch immer darin gesucht, die Macht von IWF/Weltbank und 11er-Club zu stärken und die eigene Haut zu retten – einmal mehr auf Kosten der ärmeren Bevölkerungsteile in der Dritten Welt. Diesen Entwicklungen können die Entwicklungsländer nur mit mehr Selbständigkeit entgegenwirken, mit *arbeitsintensiverer eigener Produktion* anstelle von Exportproduktion und teuren Importen, mit dem Schaffen von internen Wirtschaftskreisläufen und dem selektiven Verlassen des Weltmarktes.

Die Forderung nach mehr Self-Reliance wird zwangsläufig zu einer Strategie mit realistischer Perspektive, sie dürfte über kurz oder lang auch vermehrt zur zündenden politischen Vision werden.

b) Aus der Sicht der Industrieländer und der Schweiz

Für einige Industrieländer ist die wirtschaftliche und politische Zukunft eng mit der Überschuldungsfrage der Entwicklungsländer verknüpft.

In besonderem Mass trifft dies auf Finanz- und Dienstleistungszentren wie die Schweiz zu. Die schweizerische Wirtschaft, vorab der Finanzplatz Schweiz, steht sehr *heiklen* und auch *gefährlichen Entwicklungen* gegenüber, Entwicklungen, welche von den aufgeblasenen internationalen Kreditmärkten ausgehen. Der Finanzplatz Schweiz ist mit Milliardenbeträgen an Krediten für Entwicklungsländer beteiligt, deren Rückzahlung zumindest in Teilen gefährdet ist. Falls es dazu kommt, dass einzelne Kredite oder die gesamten Schulden eines Landes nicht innerhalb bestimmter Fristen zurückbezahlt werden, kann dies für einzelne, exponierte Banken schwerwiegende Folgen haben. Viele Banken haben mit ihren masslosen Krediten an Entwicklungsländer in ihren Kellern gewaltige Risiken angehäuft. Die Bankiers wissen dies und versuchen mit Feuerwehrmassnahmen das drohende Unheil abzuwenden.

Die Gefahr, die heute besteht, ist im schlechtesten Fall ein abrupter Zusammenbruch der Finanzmärkte, im besten Fall die schleichende Erosion dieses Systems. Im Bereich der Bankbeziehungen ist nur sehr wenig bekannt; einzelne Banken haben auf jeden Fall ihre Kreditgewährung an Entwicklungsländer massiv überzogen. Die internationalen Finanzmärkte sind undurchsichtig, auch wenn heute versucht wird, mehr Transparenz zu schaffen. Die Banken beargwöhnen sich gegenseitig und versuchen im Stillen, ihre Risiken zu mildern. Das kann leicht dazu führen, dass einzelne Banken aus den Gläubigergruppen ausbrechen, ausbrechen müssen, um die drohenden Risiken abzuwenden. Sollte diese Entwicklung einmal in Gang kommen, dann ist die Kettenreaktion nicht mehr abzuwenden. Nur so sind die ständigen Warnungen und Beschwörungen der Verantwortlichen von IWF, Weltbank und Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zu interpretieren. Man weiss um diese Gefahr und versucht zu beschwichtigen und sie verbal abzuwenden.

Der Vergleich der heutigen Situation mit jener der 20er und 30er Jahre drängt sich auf: damals hatte Deutschland grosse Kriegsschulden und musste Reparationsleistungen zahlen – beides in einem Umfang, welcher die Entwicklung der deutschen Wirtschaft hemmte – die Schuldenlast konnte objektiv nicht verkraftet werden. Die Folge ist bekannt: Deutschland war nicht imstande seinen Verpflichtungen nachzukommen und zudem regte sich immer mehr der politische Widerstand gegen diese Art wirtschaftlicher Ausblutung. Die Guthaben auf deutschen Kriegsschulden waren eines der Fundamente für einen Turm von Finanzspekulationen, der prompt zusammenbrach, als eine kritische Grenze überschritten war. Der Finanzsektor – damals die Börsenspekulation, heute die kurzfristigen Euromärkte (4) als Eldorado für Finanzoperationen mit spekulativem Charakter – kann sich auf die Dauer nicht vom Produktionssektor einer Wirtschaft emanzipieren. Er unterliegt damit einer kritischen Bindung an den Produktionssektor. Finanzielle Verpflichtungen müssen irgendwann effektiv (durch reale Güter, Dienstleistungen oder Vermögenswerte) abgegolten werden. Wenn der Verwertungsprozess im Pro-

duktionssektor einer Wirtschaft ins Stocken gerät, weichen die Kapitalbesitzer üblicherweise in den Finanzsektor aus und versuchen ihr Kapital durch Spekulationsgeschäfte zu verwerten. Genau dies hat in den letzten Jahren durch die enorme Aufblähung der Euromärkte stattgefunden – im Kern der gleiche Prozess wie in den späten 20er Jahren dieses Jahrhunderts – nur in den Dimensionen völlig verschieden.

Damals gab es keinen IWF und andere Institutionen, welche vor allem durch das Bereitstellen zusätzlicher Liquiditäten (Kredite in Sonderziehungsrechten) wirksam eingreifen konnten. Das Ganze endete in einer Wirtschaftsdepression. Heute ist die Emanzipation des Finanzsektors vom Produktionssektor „kritisch“ geworden.

Die Situation von damals kann allerdings so nicht einfach auf heute übertragen werden, denn heute gibt es mehrere Grossschuldner (Brasilien, Mexiko, Südkorea, Polen, Jugoslawien) und einen IWF. Die Schuldensumme und die Höhe des Kreditturnes sind ungleich viel grösser als in den 20er Jahren. Gemessen an den riesigen Summen, die auf dem Spiel stehen, sind die IWF Mittel zu wenig ausreichend. Daher ist der Kern der Situation trotz der grossen Unterschiede nicht sehr verschieden, so dass auch heute die Möglichkeit von Bankzusammenbrüchen besteht. Es ist sehr fraglich, ob die grossen Banken über genügend Rückstellungen und Reserven verfügen, um sich abzeichnende Grossverluste von Krediten an Entwicklungsländer über Jahre hinaus abbuchen zu können. Vor allem für einige amerikanische Banken ist dies höchst unsicher. Die Schweizer Grossbanken sind in einer etwas besseren Lage, da sie ihre Kredite besser verteilt und im Finanzierungsgeschäft auch mit Entwicklungsländern eine vergleichsweise zurückhaltende und konservative Politik betrieben haben.

In den nächsten Jahren werden fällige Milliardenbeträge nicht oder mit grosser Verspätung zu den Banken zurückfliessen.

Dies wird zu einer allgemeinen Verlangsamung der Kreditgewährung führen und das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern weiter abbremsen. Hinzu kommt, dass auch einige osteuropäische Länder (Polen, Rumänien und Ungarn) in einer ähnlichen Lage sind wie einige Entwicklungsländer. Im Falle von Polen sind es vor allem deutsche Banken, die gefährlich hohe Verluste vor sich haben. Sollten dann noch einige grosse Verluste von Grosskonzernen wie z.B. der AEG hinzukommen, so kann es echte Finanzierungsprobleme geben. Richtig gefährlich wird es dann, wenn die Zahlungsunfähigkeiten verschiedener Grossschuldner parallel laufen und sich im Effekt verstärken. Bis jetzt ist jedenfalls nicht absehbar, wie die internationalen Finanzmärkte derartige Bedrohungen überstehen könnten.

Eines sollte man klar sehen: *an einer offenen Finanzkrise und an Bankzusammenbrüchen kann niemand ein Interesse haben, weder die Dritte Welt noch die Industrieländer, auch nicht die Sparer bei uns.* Sicher ist aber, dass die Betroffenheit der Bevölkerungen in den Industrieländern bei einer negativen Entwicklung sehr viel höher sein wird, als jene der armen Bevölkerungsteile in der Dritten Welt. Jene, welche in absoluter Armut leben, können nicht mehr viel verlieren – im Gegensatz zu jenen, welche finanzielle Ab-

striche machen müssen. Dieser Unterschied widerspiegelt den Graben zwischen Nord und Süd, in diesem Fall mit eher umgekehrter Interessenlage. *Auch wenn die gegenwärtige Situation nicht in die schlechtest denkbare Entwicklung umschlägt, werden die Banken nicht darum herumkommen, den Teil an Verantwortung, den sie tragen, unter Verrechnung der Kosten zu übernehmen. Die Entwicklungspolitik muss unbedingt darauf hinwirken, dass dies auch geschieht.*

ANMERKUNGEN

* Der vorliegende Beitrag ist eine leicht überarbeitete Fassung der Kapitel 5 - 7 des Artikels „Überschuldete Dritte Welt — und die Folgen? Wie eine aussenfinanzierte Entwicklung ins Chaos führt“, erschienen als Nr. 11 der Beiträge zur entwicklungspolitischen Diskussion; Herausgeber: Erklärung von Bern für solidarische Entwicklung, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich.

(1) Der Schuldendienst umfasst die Rückzahlungen (Amortisationen) und die Zinsen auf den bestehenden Schulden. Der Schuldendienst wird sodann ins Verhältnis zu verschiedenen Wirtschaftsdaten gebracht, was zu Indikatoren zur Beurteilung der Schuldsituation eines Landes führt. Einer der wichtigsten Indikatoren ist das Verhältnis des Schuldendienstes zu den Exporteinnahmen.

(2) self-reliance heisst „Entwicklung aus eigener Kraft“. Wirtschaftlich ist damit gemeint, dass die Entwicklung der Länder auf die eigenen Ressourcen abstellen und versuchen sollte, einen verarbeitenden Produktionsapparat aufzubauen, der imstande ist, die vorhandenen Konsumprofile abzudecken und die internen Austauschströme zwischen Produktions- und Konsumptionssektor in Gang zu bringen. Dies heisst Einkommen zu schaffen, das sich in Konsumption umsetzen kann, Sachinvestitionen zu tätigen, welche aus Ersparnissen der eigenen Wirtschaft stammen. Wirtschaftspolitisch bedeutet dies, einen Prozess in Richtung wirtschaftlicher Unabhängigkeit in Gang zu bringen, welcher die formale politische Unabhängigkeit effektiv zu untermauern vermag. Die herrschende Strategie der Aussenfinanzierung von Entwicklung steht der self-reliance diametral entgegen.

(3) Seit kurzem ist die Schweiz Mitglied des 10er-Klubs, so dass nun korrekterweise von einem 11er-Klub gesprochen werden müsste.

(4) Als Euromärkte bezeichnet man die Finanzmärkte, die mit Fremdwährungen ausserhalb der nationalen Grenzen einer Währung arbeiten. So gibt es z.B. einen Finanzmarkt, der ausserhalb der USA mit Dollars arbeitet, den Euro-Dollarmarkt. Es gibt aber auch einen Euro-Franken- und einen Euro-DM-Markt. Die Euromärkte unterstehen keiner Kontrolle; Teilnehmer sind Internationale Banken, Multis, Regierungen, Internationale Institutionen und Entwicklungsländer.



Hans Baumann

Gewerkschaftsstrategien angesichts veränderter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen

Von der weltweiten Krise in den kapitalistischen Ländern, die allein im OECD-Raum inzwischen zu weit mehr als 30 Millionen Arbeitslosen geführt hat, ist die Schweiz nicht verschont geblieben. Die Zeit der grossen Wachstumsraten ist zweifellos vorbei, die Wirtschaft ist in eine Zeit der Stagnation getreten, die Verwertungsbedingungen haben sich auch für das Schweizer Kapital verschlechtert.